

Junge Muslime in Wien oft von Radikalisierung betroffen



© APA (Symbolbild/AFP)

Im Rahmen der Untersuchung wurden in 30 Einrichtungen der städtischen Jugendarbeit insgesamt 401 Kids im Alter von 14 bis 17 Jahren interviewt. Das Ergebnis sei nicht repräsentativ für alle Wiener Jugendlichen, wie die Studienautoren Caroline Nik Nafs und Kenan Güngör im Gespräch mit Journalisten klarstellten. Denn die Befragten würden eher aus sozial schwächeren Milieus stammen.

Die gegenständliche Gruppe bestand zu 85 Prozent aus jungen Menschen mit Migrationshintergrund. 53 Prozent waren muslimisch, 36 Prozent christlich. Die Jugendlichen aus Zuwandererfamilien waren stark der Tradition ihrer Eltern verbunden, führten die Autoren aus. Die Mehrheit fühlt sich zwar als Österreicher - tatsächlich waren fast 70 Prozent der Befragten österreichische Staatsbürger - doch hätten vertiefende Interviews gezeigt, dass es durchaus Ängste gebe, nicht als solche anerkannt zu werden.

Muslime waren zudem religiöser als Nicht-Muslime. Allerdings: Es handelt sich häufig um nach außen getragene Religion, weniger um Spiritualität. "Religion ist oft mehr ein Element, um die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft zu zeigen", führte Caroline Nik Nafs aus.

Signifikant auffällig sind Jugendliche muslimischen Glaubens, wenn es um Abwertungstendenzen geht - wobei auch christlich-orthodoxe Personen hier laut Studie negativer auffallen als zum Beispiel katholische. Die befragten Muslime waren eher rassistisch, homophob oder antisemitisch eingestellt als der Rest. Vor allem Antisemitismus sei häufig - wurde er doch bei fast der Hälfte der Muslime geortet.

Weibliche Jugendliche werten laut der Untersuchung seltener und weniger stark ab als männliche. Auch Jugendliche mit höherer Bildung sind toleranter. Klare Zusammenhänge zeigen sich demnach zwischen den Vorurteilstendenzen und der Sorge um die berufliche und schulische Zukunft.

Die Gruppe der Muslime wurde speziell im Hinblick auf mögliche Radikalisierungsgefährdung begutachtet. Ergebnis: Die Mehrheit zeigte sich zumindest nicht völlig gefeit. 31 Prozent werden als die "Gruppe der Ambivalenten" mit leichter bis mittlerer Gefährdung bezeichnet. Sie empfinden ihre Religion als überlegen gegenüber anderen - und die religiösen Vorschriften wichtiger als Gesetze. Sie sind jedoch auch der Meinung, dass Religion nichts damit zu tun hat, ob man gut oder schlecht sei. Das Töten im Namen Gottes wird abgelehnt.

27 Prozent der befragten muslimischen Jung-Wiener zeigten sich hingegen latent gefährdet und haben laut den Studienautoren die "Ideologie der Ungleichwertigkeit" gegenüber Nicht-Muslimen internalisiert. Sie fallen durch ein westfeindliches Weltbild gepaart mit einer gewaltbejahenden Grundeinstellung auf.

Betont wurde, dass viele problematischen Aussagen bei näherem Nachfragen ihre Eindeutigkeit verlieren - und in Widersprüche umschlagen. So seien etwa Jugendliche, die in der Theorie eine islamistische Gesellschaft befürworten, dagegen, dass etwa Freunde von ihnen gegen ihren Willen ein Kopftuch tragen müssten. Unter den Befragten seien jedenfalls keine überzeugten Extremisten zu finden gewesen, versicherte Gabriele Langer, die Geschäftsführerin der Wiener Jugendzentren.

Die Muslimische Jugend Österreich (MJÖ) zeigte sich besorgt über die Studie. Deren Ergebnisse würden die Erfahrungen der MJÖ bestätigen, wonach "ein oberflächliches und auf Äußerlichkeiten beschränktes Islamverständnis" ein Problem darstelle. Dieses würde eine Grundlage für abwertende Einstellungen und einen Nährboden für religiös motivierten Fanatismus bieten, warnte der Verband. Gleichzeitig rief die MJÖ zu einem "sensiblen und differenzierten Umgang mit den Untersuchungsergebnissen" auf. Es handle sich bei den untersuchten Personen um Jugendliche im Bereich der offenen Jugendarbeit - nicht um die Gruppe der jungen Muslime insgesamt.

Die MJÖ ist laut eigenen Angaben seit 20 Jahren als verbandliche Jugendorganisation tätig. "In unserer Jugendarbeit setzten wir uns seit vielen Jahren gegen jede Form von Fanatismus und Extremismus ein. Die aktive Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rassismus sind uns je her ein Anliegen gewesen", betonte der Bundesvorsitzende Adis Serifovic. Gefordert wird eine verstärkte Kooperation zwischen der offenen und verbandlichen Jugendarbeit. Man biete die eigene "profunde Expertise" auch allen Einrichtungen der offenen Jugendarbeit an, wurde versichert.

Integrationsstadträtin Sandra Frauenberger (SPÖ) will angesichts der Ergebnisse nun überlegen, wie man die Betroffenen noch besser erreichen könne - damit diese sich gegen Lockrufe von radikalen Erwachsenen zur Wehr setzen könnten. Die Instrumente dafür gebe es bereits, sie müssten nun geschärft werden. So sollen Themen wie Antisemitismus und Homophobie stärker mit Jugendlichen

bearbeitet werden.

Zudem sollen Kids, die bisher schwer erreichbar waren, mithilfe ihrer Community angesprochen werden. In diese Gruppe fallen vor allem junge Menschen aus Tschetschenien oder Afghanistan, wie es hieß. Auch der Kontakt zu den Eltern wird verstärkt gesucht. Koordiniert wird die Arbeit seit 2014 vom Wiener Netzwerk für Deradikalisierung und Prävention.

"Jugendliche sind stark auf der Identitätssuche. Abgrenzung geschieht oft auch mit den Mitteln der Provokation", gab die Ressortchefin zu bedenken. Trotzdem stellte sie klar: Jugendliche mit der Fahne der Identitären bei einer Demo oder Muslime mit IS-Propaganda im Jugendzimmer seien "Bilder, die uns große Sorgen bereiten".

Die Menschenrechtssprecherin der Grünen, Alev Korun, appellierte, die Ergebnisse der Studie mit "kühlem Kopf" zu analysieren - und "konkrete Gegenmaßnahmen gegen autoritäre Tendenzen, Rassismus, Antisemitismus, Homosexuellenfeindlichkeit und religiösem Extremismus" zu setzen. Vorurteile würden erlernt, daher sei es auch möglich, sie zu verlernen.

Wichtig sei dabei vor allem mehr Burschen- und Männerarbeit bzw. die Betreuung von Jugendlichen, die nicht mehr in die Schule gehen. "Es geht aber auch darum, dass Migrantenvereine und Moscheen Diskussionen über Vorurteile und religiösen Extremismus anstoßen und sich aktiv beteiligen bei der Bekämpfung von Vorurteilen, Hass gegen Minderheiten und gegen Extremismus im Namen der Religion und des Islam", stellte die Grün-Politikerin klar.

Laut dem Wiener NEOS-Integrationssprecher Christoph Wiederkehr bestätigt die Studie den Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums. Die NEOS hätten bereits beim der Präsentation dieses Berichts im Mai einen Neun-Punkte-Plan für Integration und Deradikalisierung vorgelegt. Dieser beinhalte etwa die Forderung nach voller Transparenz bei der Finanzierung religiöser Einrichtungen, das Anbieten von Trainings in Bildungseinrichtungen und eine Verpflichtung zu einem 40-stündigen Orientierungskurs für Zuwanderer. "Es braucht nun eine entschlossene und pragmatische Politik. Die Probleme müssen offen angesprochen werden und in weiterer Folge mit Menschlichkeit und Verstand gelöst werden", verlangte Wiederkehr.

Wiens ÖVP-Chef Gernot Blümel macht die rot-grüne Stadtregierung, die konsequent wegschauen und blind beschönigen, für die Studienergebnisse verantwortlich. Einmal mehr fordert Blümel, die Wertevermittlung in den Mittelpunkt zu stellen und eine "Werteformel" an Schulen einzuführen.

Ferner fordert er, den Weg für das von der ÖVP geplante neue Integrationsgesetz freizumachen: "Denn dieses beinhalte eben genau die notwendigen Maßnahmen gegen Radikalisierung und wesentliche Notwendigkeiten wie etwa das Verbot der Vollverschleierung, die gemeinnützigen Tätigkeiten oder das Verbot von Koranverteilungen."

Die Wiener SPÖ wehrt sich gegen Vorwürfe im Zusammenhang mit der Studie. Die Stadt Wien habe

bereits vor Jahren vorbeugend agiert, erklärte Gemeinderätin Tanja Wehsely und verwies auf Beratungsgespräche und die Schulung von Pädagogen. Die jüngste Studie zeige, dass besonders für muslimische Jugendliche die Religion immer stärker ein Abgrenzungsmerkmal gegenüber anderen werde: "Wir müssen allen Jugendlichen das Rüstzeug in die Hand geben, sich vor der Vereinnahmung von Radikalen zu wehren. Da sind sowohl die Jugendarbeit, aber auch die Schule und die Eltern, gefragt", findet Wehsely.

Für die FPÖ ist "Multi-Kulti endgültig" gescheitert. Anstatt "wenigstens die zweite Generation irgendwann einmal zu integrieren, ziehen wir uns hier eine neue Generation teilweise fanatischer Dschihadisten heran", erklärte Jugendsprecher Maximilian Krauss. Gleichzeitig forderte er die Ablöse von Stadträtin Sandra Frauenberger (SPÖ).